

Robert Zion, Rostock, HanseMesse, 25. Oktober 2009

*Es gilt das gesprochene Wort*

**Liebe Freundinnen und Freunde,**

wir haben hier und heute in Rostock über einen Einsatz zu befinden, der im Jahr 2001 ebenfalls auf einer BDK in Rostock beschlossen wurde.

Damals stellten wir fest, ich zitiere: „Es geht um humanitäre, um Defensiv- und Schutzfähigkeiten und polizeiähnliche Aufgaben.“

Und heute müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, dass in weiten Teilen Afghanistans und im Nachbarland Pakistan der Krieg eskaliert.

Und wir Grüne haben diese Bundesregierung gewarnt! Und wir haben rechtzeitig gewarnt, immer wieder! 2006 in Köln mahnten wir den umfangreichen Strategiewechsel an, 2007 in Göttingen erneut.

Doch die Jahre 2008 und 2009 wurden die verlustreichsten für die NATO überhaupt. Der Krieg wurde, bei hohen zivilen Opferzahlen, weiter eskaliert und griff zunehmend auf den Norden über.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich denke, ich bin nicht der Einzige unter uns, für den im September 2009 mit dem Bombardement zweier Tanklastzüge von Kunduz unter deutscher Beteiligung und mit vielen zivilen Opfern endgültig eine rote Linie überschritten wurde.

Was ist denn aus dem ursprünglichen Schutzauftrag geworden, wenn ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums diesen Bombenangriff damit begründete, ich zitiere: „Der Schutz der Soldaten gehe vor“?

Bei solch einem Einsatz, der mit dem Schutz der Menschen in Afghanistan begründet wird, dann aber in Kauf nimmt, dass Dutzende von ihnen sterben oder verstümmelt werden, um das Risiko für die eigenen SoldatInnen zu mindern, können wir doch nur mit „Nein“ stimmen!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir haben hier heute drei leitantragfähige Anträge vorliegen. Alle drei ziehen notwendige Konsequenzen aus unserer Beschlusslage und der Entwicklung des Einsatzes in Afghanistan.

Sie fordern alle drei eine Abzugsperspektive und mindestens eine Nicht-Zustimmung zum vollkommen verfehlten Kurs der Bundesregierung, der letzten und – wie bereits abzusehen ist – auch der nächsten.

Das Signal, das heute in Rostock von uns Delegierten ausgehen wird, ist daher bereits jetzt eindeutig:

- 1. Wir sagen jetzt ganz klar und deutlich: Ein „Weiter so“ führt in ein Desaster!

- 2. Wir fordern die Erstellung eines zivilen Aufbau- und militärischen Abzugsplans im Jahr 2010.
- Und das heißt 3.: Auch in dieser Frage sind es wir Grüne, die jetzt die Meinungsführerschaft in der Opposition beanspruchen.

Aber noch etwas anderes möchte ich hier betonen: Unsere Anträge fordern mehr Verantwortung der islamischen Staaten.

Und ist dies nicht auch das, was bei Obama zu erkennen ist und sich von dem Von-Oben-Herab eines Bush in der Tat unterscheidet?

Eben durchaus selbstkritisch gegenüber den eigenen Fehlern des letzten Jahrzehnts vor die Vertreter der islamischen Welt zu treten, aber dann auch deutlich zu sagen:

„In letzter Konsequenz seid ihr für Euren Weg in eine globalisierte Welt mit humanen Antlitz eigenverantwortlich!“

Wie oft haben wir denn eigentlich in den letzten Jahren das Wort „Verantwortung“ gebraucht und dabei nur die halbe Wahrheit gesagt? Nämlich, dass ohne Eigenverantwortung sich nur jeder auf den anderen verlässt, solange er nur nicht die Konsequenzen seines eigenen Tuns und Unterlassens zu tragen hat!

Dies gilt für diese Bundesregierung, die die Verantwortung für ihre Kriegseskalation auf ihre SoldatInnen abschiebt und dies gilt aber auch für Karsai, der sich mit seiner Vetternwirtschaft hinter den westlichen Truppen versteckt.

Und dies gilt – ich wiederhole es noch einmal – für die Muslime in der Welt, denen wir ihre Verantwortung dafür doch gar nicht abnehmen können, wie ein islamischer Frieden überhaupt hergestellt werden kann!

Nicht zuletzt deshalb teile ich die Intention des Bundesvorstandes, mit dem Abzugsplan die „Übergabe der vollständigen Verantwortung an die afghanischen Partner“ zu verbinden.

Wir ziehen daher unseren Antrag zugunsten des Antrages des Bundesvorstandes zurück.

Allerdings halten wir zwei Korrekturen an diesem Antrag für notwendig:

- 1. Angesichts des leider weiterhin abzusehenden gegenseitigen Zuschiebens von Verantwortung, halten wir es für angebracht, dass wir den Übergabeprozess mit klaren Zwischenzielen und einem eindeutigen Datum des militärischen Abzugs definieren.
- Und 2. sollten wir der Fraktion empfehlen, dieses politische Signal von Rostock jetzt nicht abzuschwächen und bei den anstehenden Mandatsverlängerungen mit einer Stimme zu sprechen und mit „Nein“ zu stimmen.

Daher bitten wir Euch, die entsprechenden Änderungsanträge der BAG Frieden und der Grünen Jugend zu unterstützen.

Wir danken Euch für die Debatten der letzten zwei Jahre!